

Antrag öffentlich	Datum 01.02.2007	Nummer A0022/07
Absender Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Ansorge		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	15.02.2007	

Kurztitel Aktionsplan gegen Rechtsextremismus
--

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen des geplanten lokalen Aktionsplanes gegen Rechtsextremismus, insbesondere freie Träger der Jugend-, Kultur- und Bildungsarbeit zu favorisieren, deren pädagogische Konzepte auf die theoretische und praktische Arbeit von in rechter Orientierung verankerten Jugendlichen abzielen.**
- 2. Bei Nichtaufnahme der Stadt Magdeburg in das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ wird der Oberbürgermeister beauftragt, noch für 2007 eine angemessene Fördersumme in den städtischen Haushalt einzustellen und nach den Kriterien des Punktes 1. auszuschreiben.**

Begründung:

Der Rechtsextremismus hat sich, trotz aller Anstrengungen von Politik und Zivilgesellschaft auf einem besorgniserregenden Niveau stabilisiert. Handlungsstrategien gegen den Rechtsextremismus sind dringend erforderlich. Die Landeshauptstadt Magdeburg hat durch vielfältige Aktivitäten, wie z.B. die Verhinderung des diesjährigen Aufmarsches von Rechten am 16. 01.07 auf dem Westfriedhof, bereits Flagge gezeigt.

Diesen Kurs wird die Stadt Magdeburg auch weiterhin beibehalten und plant die Entwicklung eines Aktionsplanes gegen Rechtsextremismus. Dieser soll mit Unterstützung sowohl der Verantwortlichen der Stadt als auch der Bürger/innen diskutiert und umgesetzt werden.

Mit dem am 01. 01.2007 gestarteten Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend soll die Zivilgesellschaft stärken, Toleranz und Demokratie fördern und die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen unterstützen.

Das auf Dauer angelegte Programm knüpft an die Erfahrungen aus dem Ende 2006 auslaufenden Aktionsprogramm der Bundesregierung „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ an und setzt zugleich die Empfehlungen der wissenschaftlichen Begleitungen um. Für das Programm werden jährlich 19 Mio € Bundesmittel zur Verfügung gestellt.

Magdeburg hat sich zur Teilnahme an dem neuen Bundesprogramm beworben und bereits im Dezember 2006 eine entsprechende Interessensbekundung abgegeben. Sofern die Stadt in das Programm aufgenommen wird, können für die Dauer von drei Jahren jährlich bis zu 100.000,- EUR für unterschiedliche Projekte des Aktionsplanes fließen.

Falls das Bundesministerium der Stadt die Aufnahme in das Bundesprogramm versagen sollte, stellt die Stadt im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten selbst eine angemessene Fördersumme in den Haushalt ein, die dann für freie Träger ausgeschrieben wird.

Alfred Westphal
Fraktionsvorsitzender